



Working Paper

**Wähler im Politikraum des deutschen
Parteiensystems 1980 bis 2005**

Franz Urban Pappi
Jens Brandenburg

Franz Urban Pappi
Jens Brandenburg

**Wähler im Politikraum des deutschen Parteiensystems
1980 bis 2005**

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 124, 2009

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Pappi, Franz Urban:

Wähler im Politikraum des deutschen Parteiensystems 1980 bis 2005 /

Franz Urban Pappi ; Jens Brandenburg. –

Mannheim: 2009

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; 124)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 3,00

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

Prof. Dr. Franz Urban Pappi arbeitet als Emeritus am Arbeitsbereich B des MZES. Laufende Projekte behandeln Themen aus dem Bereich der Wählerforschung (strategisches Wählen, Koalitionswählen) und Probleme der Regierungsbildung in Mehrparteiensystemen unter Berücksichtigung der Kombination von Ämter- und Politikmotivation..

Jens Brandenburg arbeitet als studentische Hilfskraft am MZES. Seine Schwerpunkte im M.A.-Studium der Politikwissenschaft an der Universität Mannheim sind Parteienwettbewerb, Koalitionstheorien und Europäische Integration.

Zusammenfassung

Für die Voraussage von deutschen Koalitionsregierungen hat sich ein zweidimensionaler Politikraum mit einer wirtschafts- und einer gesellschaftspolitischen Dimension bewährt. Will man Wählerverhalten und Regierungsbildung in einem einheitlichen Modell zusammenführen, benötigt man einen Politikraum, in dem sowohl die Parteien als auch die Politikpräferenzen der Wähler abgebildet werden. Im vorliegenden Aufsatz wird ein solcher Politikraum aus Wählerwahrnehmungen der Positionen der deutschen Parteien bei ausgewählten Issues im Zeitraum 1980 bis 2005 abgeleitet. Zuerst wird je ein Issue für die wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Dimension aus deutschen Wahlstudien ausgewählt und die durchschnittlichen Wahrnehmungen der Parteipositionen werden mit den aus den Wahlprogrammen ableitbaren Positionen verglichen. Die Übereinstimmung ist hoch. Dann werden auf Basis der Theorie von Hinich und Munger (1994) aus den Parteiwahrnehmungen latente ideologische Räume rekonstruiert, die sich im Untersuchungszeitraum von 1980 bis 2005 wenig unterscheiden. Mit den ideologischen Distanzen im latenten Raum wird die Wahlentscheidung vorausgesagt und mit der Voraussagekraft der ursprünglichen Issuedistanzen verglichen. Der Vorteil eines gemeinsamen ideologischen Raums für Wähler und Parteien muss gegen den Nachteil einer schwächeren Erklärungskraft abgewogen werden.

Inhalt

1. Die Parteipositionen im Politikraum der Wahlprogramme und der Wählerwahrnehmungen	2
2. Ein latenter ideologischer Raum für manifeste Parteiwahrnehmungen bei Policy-Fragen	7
3. Der latente ideologische Raum mit Partei- und abgeleiteten Wählerpositionen	13
4. Wahlprognosen mit ideologischen Distanzen.....	18
5. Zusammenfassung	21

In Modellen des Parteienwettbewerbs geht man davon aus, dass die Parteien strategisch ihre Position im Politikraum so wählen, dass sie ihre Chancen auf Regierungsübernahme oder Regierungsbeteiligung maximieren. Ihre Stellungnahmen zu aktuellen politischen Problemen sind nicht als neutrale politische Kommentare abgefasst, sondern als Vorschläge zur Problemlösung in Form von Policies, die sie als Regierungsparteien durchzusetzen versprechen. Je nach ihren eigenen Politikpräferenzen werden die Wähler die Parteien als ihnen nah- oder fernstehend beurteilen und sich so in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen lassen.

Empirische Wahlforscher haben die Erklärungskraft von Politikpräferenzen für die Wahlentscheidung lange als gering veranschlagt. Faktoren wie Parteiidentifikation oder Kompetenzeinschätzungen von Parteien seien für den Durchschnittswähler wichtiger als Politikpräferenzen. Nun ist eine geringere Erklärungskraft nicht mit völliger Bedeutungslosigkeit gleichzusetzen. Tatsache bleibt auf jeden Fall, dass die Platzierung im Politikraum (Policyraum) den Parteien rationale Strategien zur Stimmenmaximierung ermöglicht, die sie bei anderen Determinanten des Wählerverhaltens nicht haben. Dies alles natürlich unter der Voraussetzung, dass die Politikpräferenzen der Wähler die Wahlentscheidung zumindest zum Teil voraussagbar machen.

Parteiplatzierungen in Politikräumen sind neben der Sitzverteilung im Parlament die entscheidenden Größen für die Voraussage von Koalitionen. Im Unterschied zu Koalitionstheorien begnügen sich Wählertheorien häufig mit der Verwendung einzelner Politikpräferenzen bzw. der entsprechenden Politikdistanzen zu den Parteien, um die Wahlentscheidung vorauszusagen. Die Wählerwahrnehmungen der Parteistandpunkte auf einzelnen Polycyskalen, die man benötigt, um die Distanzen zwischen den Präferenzen der einzelnen Wähler und den Parteien zu bestimmen, werden in der Wahlforschung in der Regel nicht zur Konstruktion mehrdimensionaler Politikräume genutzt. Man betrachtet die Policydimensionen getrennt oder vertraut auf eine einzige ideologische Dimension wie die Links-Rechts-Skala, um Politik- oder ideologische Distanzen zu den Parteien zu bestimmen.

Unser langfristiges Ziel ist eine Theorie outcome-orientierten Wählens. Dazu müssen die Wähler die Folgen ihrer Stimmabgabe für die Regierungsbildung und die daraus folgende Politik in der nächsten Legislaturperiode abschätzen können. Wenn dem aber so ist, können die Parteien ihre Politikpositionen so wählen, dass sie möglichst viele Stimmen erhalten bzw. ihre Chancen einer Regierungsbeteiligung maximieren. Beides zusammen setzt voraus, dass Wähler und Parteien im selben Politikraum platziert sind.

Wir beschränken uns in diesem Aufsatz auf eine Prüfung der Frage, wie ein derartiger Politikraum aus den Wahrnehmungen der Parteistandpunkte durch die Wähler abgeleitet werden kann und inwieweit die Politikdistanzen der Wähler zu den einzelnen Parteien ihre Wahlentscheidung bestimmen. Wir beginnen die Analyse mit einem Vergleich der aus den Wahlprogrammen der Parteien und aus allgemeinen Bevölkerungsumfragen ableitbaren Politikräume mit ihren jeweiligen Parteiplatzierungen. Dann konstruieren wir einen latenten ideologischen Raum, der gegenüber einem aus einzelnen Polycyskalen zusammengesetzten Raum den Vorteil hat, dass eine Parteiposition nicht ein einfacher Durchschnitt ist, der sich aus unterschiedlichen Einzelwahrnehmungen zusammensetzt, sondern der-

selbe Wert für alle Wähler. Die Unterschiede zwischen den Wählern kommen dann erst in ihren Idealpunkten in diesem Raum zum Ausdruck, wobei sich die Idealpunkte aus den Politikpräferenzen und den Wahrnehmungsperspektiven der einzelnen Wähler ergeben. Daraufhin kann im nächsten Teil die Wahlentscheidung mit den Politikdistanzen vorausgesagt werden, wobei wir zusätzlich noch die Valenzwerte der Kanzlerkandidaten berücksichtigen.

1. Die Parteipositionen im Politikraum der Wahlprogramme und der Wählerwahrnehmungen

Begrifflich sei ein Politikraum und ein ideologischer Raum unterschieden. Ersterer wird aus mehreren Politikskalen gebildet, die die Parteiunterschiede auf konkreten Policyskalen erfassen, letzterer erfasst die Positionen von Parteien auf ideologischen Dimensionen. Ideologie ist ein Überzeugungssystem über allgemeine gesellschaftliche Probleme und ihre Lösung, eine Policy ist ein Lösungsvorschlag für ein konkretes Problem. Wenn eine Partei als Vertreterin einer bestimmten Ideologie auftritt, schafft sie Berechenbarkeit über ihre Politikvorschläge und gewinnt Glaubwürdigkeit, wenn sie im Rahmen ihrer Ideologie Politik gestaltet. Diese Zusammenhänge zwischen Ideologie und Politik ermöglichen es, einen ideologischen Parteienraum aus den Policystandpunkten der Parteien zu rekonstruieren, also von der unteren Ebene konkreter Politiken auf die obere Ebene der Ideologie zu schließen, oder umgekehrt einen Ideologieraum als Voraussagehilfe für die künftige Parteipolitik zu nutzen. Erstere Vorgehensweise wird von Hinich und Munger (1994) vorgeschlagen; letztere Vorgehensweise ist in der Koalitionsforschung gebräuchlich, besonders wenn man die Ideologieunterschiede zwischen den Parteien nur auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension erfasst (vgl. aus der frühen Koalitionsforschung Axelrod 1970 oder de Swaan 1973). Parteipositionen auf mehreren ideologischen Dimensionen gleichzeitig abzufragen – wie links oder rechts ist eine Partei, wie progressiv oder konservativ – ist schwierig bis unmöglich, es sei denn, man gibt den Experten klare Inhalte für die einzelnen Dimensionen vor. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten ideologischer Einordnungen ist die Platzierung von nationalistischen, rechtsextremen Parteien, die auf einer traditionellen Links-Rechts-Skala im Sinne von Staatseingriffen in die Wirtschaft gerade keine Anhänger markt-liberaler „rechter“ Lösungen sind.

Eine der wichtigsten Quellen zur Konstruktion von ideologischen Räumen sind die Wahlprogramme der Parteien. Viele Forscher greifen auf die Vorverschlüsselungen von Budge, Klingemann und ihrer Forschergruppe zurück (Budge et al. 2001, Klingemann et al. 2006), die die einzelnen Sätze der Wahlprogramme je einer von 56 Kategorien (sog. CMP-Schema, *Comparative Manifesto Project*) zuordnen. Der ideologische Gehalt dieser Kategorien lässt sich seinerseits verschlüsseln, so dass die Häufigkeit der einzelnen Kategorien im Wahlprogramm einer Partei Rückschlüsse auf ihre ideologische Position zulässt. Wir gehen im Folgenden von dem bewährten Befund aus, dass das deutsche Parteiensystem zweidimensional strukturiert ist: nach einer sozioökonomischen Links-Rechts-Dimension für den großen Bereich der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik und nach einer innen-, rechts- oder gesellschaftspolitischen Dimension, auf der sich progressive und konservative Parteien gegen-

überstehen. Die Trennung nach Politikfeldern vermeidet ideologische Widersprüche. So kann z.B. eine marktliberale Partei in der Gesellschaftspolitik sowohl progressiv als auch konservativ sein genauso wie eine sozialistische Partei die beiden gesellschaftspolitischen Alternativen offen stehen. Empirisch beobachtet man als Folge des Parteienwettbewerbs oft eine Korrelation der Parteipositionen auf beiden Dimensionen. Für die von Laver und Hunt (1992:56) als Benelux-Konstellation bezeichnete Parteienkonfiguration, zu der auch Deutschland und Österreich gehören, ist allerdings typisch, dass die liberalen Parteien wirtschaftspolitisch rechts und gesellschaftspolitisch progressiv positioniert sind. Diese Konfiguration weisen auch Linhart und Shikano (2007) mit ihrer Sekundäranalyse der deutschen CMP-Daten nach. Wir ziehen ihre Skalenkonstruktion nach der Distanzlogik zum Vergleich mit unseren Umfragedaten heran.

In europäischen Wahlstudien hat sich als Frage zur ideologischen Einordnung der Parteien eine Links-Rechts-Rating-Frage durchgesetzt. Will man einen zweidimensionalen Raum rekonstruieren, muss man ihn aus den Parteiwahrnehmungen zu einzelnen Sachfragen ableiten. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten. Stehen Parteiwahrnehmungen für viele Sachfragen zur Verfügung, kann man mit Verfahren wie der Faktorenanalyse versuchen, die Dimensionalität des latenten ideologischen Raums zu bestimmen. Wir gehen im Gegensatz dazu bereits von der Existenz eines zweidimensionalen Raums in Deutschland aus und suchen in Umfragen eine Sachfrage, die dem sozioökonomischen Politikbereich zuzuordnen ist, und eine Sachfrage aus dem Bereich der Gesellschaftspolitik. Für einen Zeitvergleich von 1980 bis 2005 muss man sich notgedrungen auf eine derartig spärliche Fragenauswahl beschränken, will man möglichst viele Bundestagswahlen in den Vergleich einbeziehen. Mit der einen Ausnahme von 1983 gelingt uns dies flächendeckend. Für insgesamt sieben Wahlen können wir damit überprüfen, inwieweit die Parteiplatzierungen nach den Wahlprogrammen mit denen nach den durchschnittlichen Wählerwahrnehmungen übereinstimmen. Die Ergebnisse dieses Vergleichs sind in den Schaubildern 1 bis 7 festgehalten.

Insgesamt ist die Übereinstimmung der beiden Methoden zur Bestimmung von Parteipositionen hoch. Die Korrelation beträgt für die sozio-ökonomische Position $r = 0,72$ und für die gesellschaftspolitische $r = 0,74$. Dies ist umso erstaunlicher, als die zur Verfügung stehenden Fragen den Bedeutungsgehalt der Dimensionen nicht immer gut erfassen. So haben wir für 1987 als Indikator für die Gesellschaftspolitik die Einstellung zur Kernkraft ausgewählt und glauben dies mit der engen empirischen Korrelation zwischen gesellschaftspolitischen Fragen und (post-materiellen) Themen der sog. Neuen Politik rechtfertigen zu können. 1998 musste die Einstellung zur weiteren europäischen Integration als Ersatzindikator für die Gesellschaftspolitik herhalten. Und in der Umfrage 2002 war kein sozio-ökonomisches Issue enthalten; deshalb wählten wir die allgemeine Links-Rechts-Einstufung als Proxy. Was die ordinale Anordnung der wahrgenommenen Parteipositionen betrifft, scheint die jeweilige Auswahl gerechtfertigt. So nimmt z.B. auch der Durchschnittswähler die FDP auf der gesellschaftspolitischen Achse immer links von der CDU wahr.

Betrachtet man sich die Schaubilder im Einzelnen, sind mehrere Gründe für Abweichungen zwischen den beiden Schätzmethoden der Parteipositionen erkennbar. So lassen sich die Wähler in ihrer Wahr-

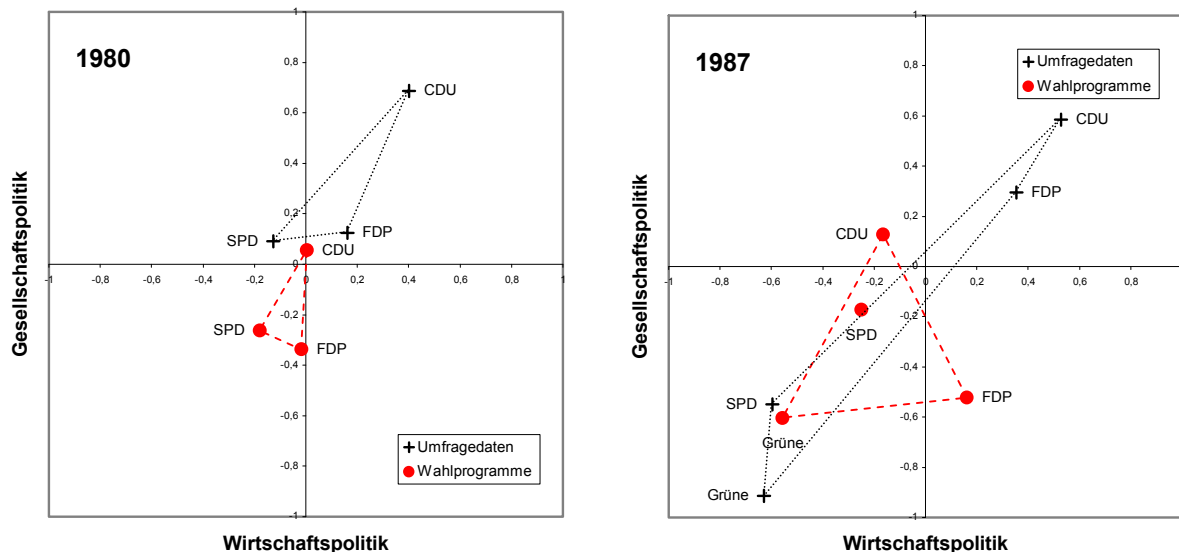
nehmung offenbar stärker von der jeweiligen Koalitionslage beeinflussen als dies von der Wahlprogrammherkunft zu erwarten wäre. Generell kann man beobachten, dass die Wähler das Parteiensystem stärker als Gegensatz von Regierungs- und Oppositionsparteien wahrnehmen als es ihrer ideologischen Nähe nach den Wahlprogrammen entspricht. Eine Ausnahme ist die Einstellung zur europäischen Integration (Schaubild 5 für 1998), in der die Wähler einen Konflikt zwischen den pro-europäischen Altparteien und den eher europaskeptischen Neuparteien Grüne und PDS sehen, also zwei Parteien, die bis 1998 an keiner einzigen Bundesregierung beteiligt waren.

Im Gegensatz zur allgemeinen Links-Rechts-Skala für 2002 sehen die Wähler bei den rein sozio-ökonomischen Issues die FDP seit 1990 rechts von der CDU positioniert. Bis dahin scheint die sozialliberale Vergangenheit noch nachgewirkt zu haben. Dass die Wähler andererseits die tagespolitischen Auseinandersetzungen zur Kenntnis nehmen, erkennt man an der FDP-Wahrnehmung beim großen Lauschangriff (Schaubild 4 für 1994). Die große Distanz zwischen der konservativen CDU und der progressiven FDP auf der gesellschaftspolitischen Achse ist nicht nur den Wahlprogrammen zu entnehmen, sondern wird von den Wählern auch wahrgenommen.

Die Grünen begannen ihre parlamentarische Laufbahn als die progressive Polpartei, was sowohl für die Wählerwahrnehmung als auch für die Wahlprogrammherkunft stimmt. Erst nach siebenjähriger Regierungstätigkeit sieht es 2005 so aus, als habe die Linkspartei.PDS den Grünen auch in der Gesellschaftspolitik die progressive Polposition abgenommen (Schaubild 7 für 2005). An der linken Polposition der PDS im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitspolitik besteht übereinstimmend bereits seit 1990 wenig Zweifel. Einschränkend muss hier allerdings darauf hingewiesen werden, dass die „Umfragepositionen der Parteien“ 2005 für den Indikator der Gesellschaftspolitik, nämlich den EU-Beitritt der Türkei, aus einer Expertenbefragung stammen und nicht aus einer Vorwahlstudie. In letzterer wurde nur die eigene Meinung der Befragten zum EU-Beitritt der Türkei erhoben. Den Experten wurden die Ausschnitte der Wahlprogramme vorgelegt, die sich auf dieses Problem bezogen, und auf dieser Basis stuften sie dann die Parteipositionen auf derselben Skala ein, mit der die eigene Meinung der Befragten erfasst wurde. 2002 war als verwandter Indikator für die Gesellschaftspolitik die Erleichterung oder Einschränkung von Zugangsmöglichkeiten für Ausländer abgefragt worden. Hier stehen echte Wahrnehmungswerte der Wähler zur Verfügung und dabei zeigt sich, dass die Wähler 2002 der PDS ihre progressive Position in der Gesellschaftspolitik, so wie sie im Wahlprogramm auch damals schon signalisiert worden war, nicht abnahmen.

Insgesamt ist das durch einen Vergleich mit der Wahlprogrammherkunft der Parteien bestätigte realistische Parteienbild des Durchschnittswählers hervorzuheben. Wenn beide Parteikonfigurationen sich flächenmäßig manchmal nicht überschneiden, liegt das am Fehlen eines für beide Methoden gleich fixierten Ankerpunkts. Wir werden ab dem nächsten Abschnitt versuchen, einen solchen Ankerpunkt festzulegen. Gleichzeitig sollen mit Hilfe einer Faktorenanalyse der Wählerwahrnehmungen Parteipositionen identifiziert werden, die für alle Wähler gleich sind.

Schaubild 1: Die Parteipositionen im ideologischen Raum: Wahlprogrammsschätzungen¹ und Wählerwahrnehmungen² im Vergleich



¹ für die Jahre 1980-2002 entnommen aus Linhart/Shikano (2007: 13); für das Jahr 2005 berechnet nach der Methode Linhart/Shikano (2007), siehe Pappi et al. (2009).

² **1980** - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: Basisrente (-1) vs. Versicherungsprinzip (+1) bei gesetzlicher Rentenversicherung; Indikator für Gesellschaftspolitik: Strafrechtsverschärfung bei Terrorismusbekämpfung (+1) vs. Nein (-1). Quelle: ZA-Nr. 1225 (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln).

1987 - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: Kurzarbeitergeld bei Betroffenheit durch Streik ja (-1) vs. Nein (+1); Indikator für „Gesellschaftspolitik“: Abschaltung (-1) vs. Ausbau (+1) von Kernkraftwerken. Quelle: ZA-Nr. 1537.

1990 - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: große (-1) vs. geringe (+1) Rolle des Staates bei wirtschaftlicher Transformation Ostdeutschlands; Indikator für Gesellschaftspolitik: eigene Entscheidung der Frau (-1) vs. Generelle Strafandrohung (+1) bei Schwangerschaftsabbruch. Quelle: ZA-Nr. 2517.

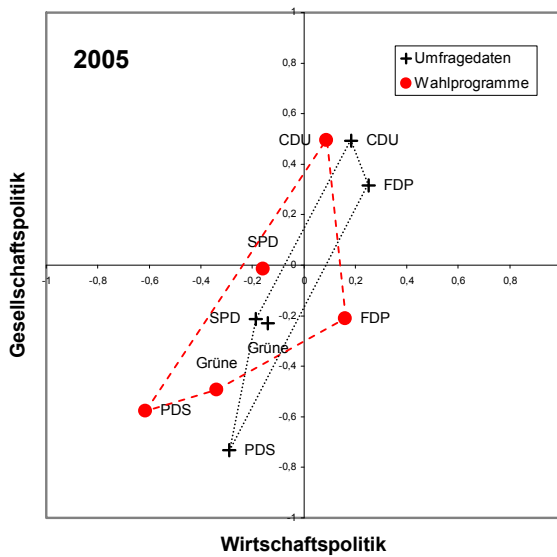
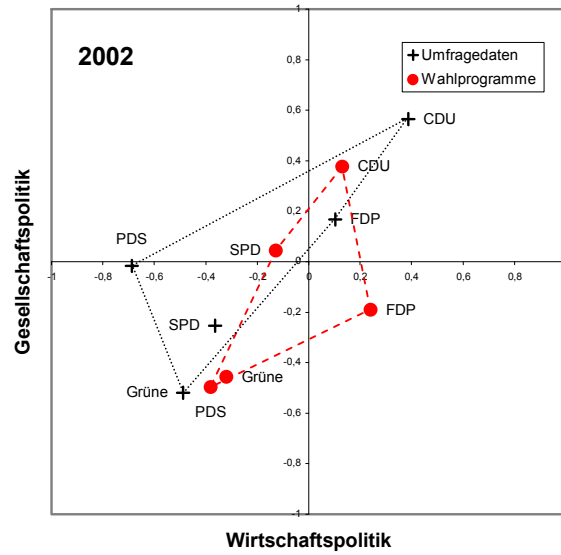
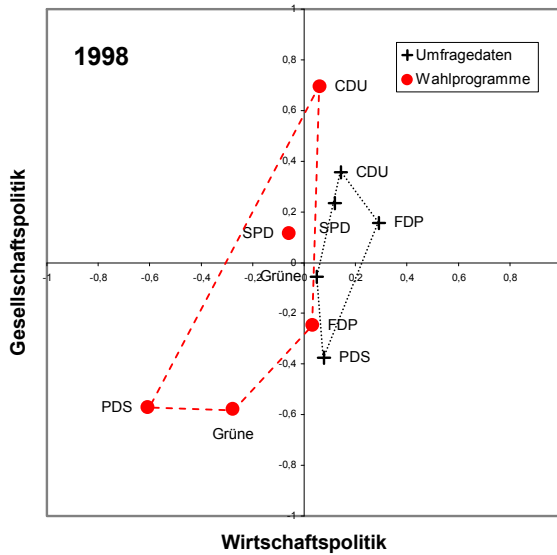
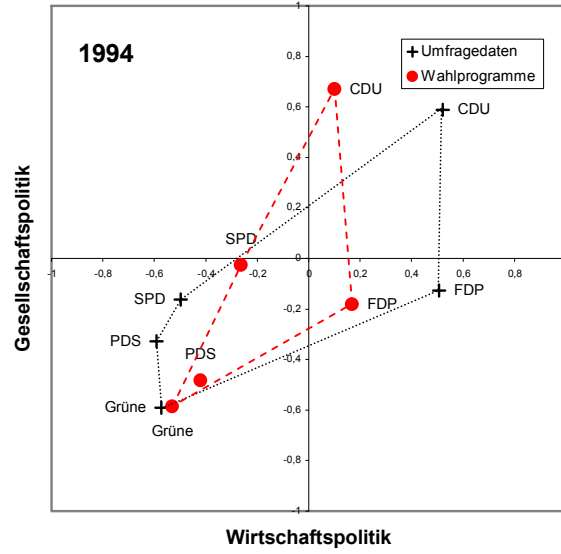
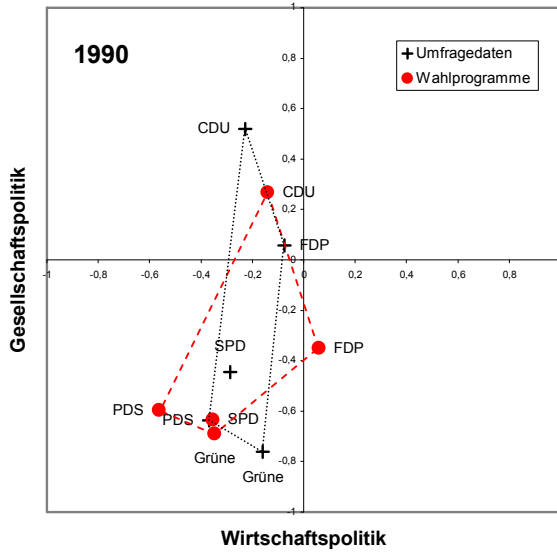
1994 - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm (-1) vs. Verbesserung der Rahmenbedingungen (+1) zum Abbau der Arbeitslosigkeit; Indikator für Gesellschaftspolitik: gegen (-1) vs. für (+1) Großen Lauschangriff zur Verbrechensbekämpfung. Quelle: ZA-Nr. 2600.

1998 - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: ideale Höhe des Spitzensteuersatzes eher hoch (-1) vs. eher niedrig (+1); Indikator für „Gesellschaftspolitik“: Umfang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der EU eher weniger (-1) vs. eher mehr (+1). Quelle: ZA-Nr. 4071.

2002 - Indikator für „Wirtschafts- und Sozialpolitik“: links (-1) vs. rechts (+1) auf allgemeiner Links-Rechts-Skala; Indikator für Gesellschaftspolitik: Erleichterung (-1) vs. Einschränkung (+1) der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer. Quelle: ZA-Nr. 3861.

2005 - Indikator für Wirtschafts- und Sozialpolitik: Ausbau (-1) vs. Abbau (+1) des Sozialstaats; Indikator für Gesellschaftspolitik: Befürwortung (-1) vs. Ablehnung (+1) eines EU-Beitritts der Türkei. Quelle: ZA-Nr. 4302.

Da die Parteipositionen für den EU-Beitritt der Türkei, im Unterschied zur eigenen Meinung, nicht abgefragt worden waren, wurden sie von Experten aus den betreffenden Passagen der Wahlprogramme geschätzt. Deren Urteile schwankten etwas je nach Selbsteinstufung auf der vorgelegten Beitrittskala, sodass die Wahrnehmung mit der Selbsteinstufung vorausgesagt werden konnte. Die geschätzten Konstanten und Regressionskoeffizienten erlaubten Wahrnehmungsschätzungen für die Wähler mit einem angenommenen, normalverteilten Fehler von zwei Standardabweichungen.



2. Ein latenter ideologischer Raum für manifeste Parteiwahrnehmungen bei Policy-Fragen

Wir haben bereits für jede Wahl aus verfügbaren Umfragen Fragen über konkrete Policies gesucht, die als Indikatoren des a priori festgelegten ideologischen Raums aus sozio-ökonomischer und gesellschaftspolitischer Dimension dienen. Wenn wir uns jetzt für die diesem Policy-Raum zugrunde liegenden ideologischen Räume interessieren, die aus konkreten Policyfragen ableitbar sind, dann offensichtlich nicht aus Gründen der Datenreduktion. Wir werden vielmehr auch zweidimensionale latente Räume identifizieren, in denen die Parteien aber im Unterschied zu den Schaubildern 1 bis 7 eine für alle Wähler gemeinsame Position einnehmen. Dazu greifen wir auf eine Theorie von Hinich und Munger (1994) zurück über die Strukturierung der Parteiwahrnehmungen durch ideologisches Vorwissen der Wähler.

Zum ideologischen Vorwissen des deutschen Wählers gehört sicher, dass die SPD eine linkere Partei ist als die CDU. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die immer noch anzutreffende Bezeichnung von CDU und FDP als „bürgerliche“ Parteien. Nicht zuletzt die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre haben zu einem Bedeutungswandel linker „fortschrittlicher“ Politik geführt. Es ging nicht mehr ausschließlich um sozialistische Utopien für das Wirtschaftssystem, sondern auch um Freiheiten von gesellschaftlichem Zwang in der persönlichen Lebensführung, so dass ein Gegensatz zu Bewahrern traditioneller Moralvorstellungen entstand. Inwieweit man hier tatsächlich von einem ideologischen Vorwissen über progressive versus konservative Politik sprechen kann, das zu einer anderen Parteilagerung als im sozio-ökonomischen Bereich führt, sollen die folgenden Analysen zeigen. Bei der Erläuterung der Theorie von Hinich und Munger (1994) wollen wir jedenfalls vorläufig annehmen, das wir es mit zwei unterschiedlichen Ideologieachsen zu tun haben, auf denen die Parteien $p = (1, 2, \dots, P)$ die Positionen π_{1p} und π_{2p} einnehmen. Dieses ideologische Vorwissen der Wähler muss für die Wahrnehmung der Parteistandpunkte bei konkreten Politiken nutzbar gemacht werden. Dies geschieht nach Hinich und Munger (1994) mit den linearen Übersetzungskoeffizienten v . Sie geben für jede latente Dimension Π und für jede konkrete Policy an, für die die Wähler die Standpunkte der Parteien wahrnehmen, wie stark sich die Parteien unterscheiden, d.h. wie stark sich ihre ideologischen Unterschiede bei Π_1 und bei Π_2 auf die Wahrnehmung von Unterschieden in einer konkreten Policy auswirken. Da wir jeweils nur zwei Issues in die Analyse einbeziehen und andererseits zwei ideologische Dimensionen vermuten, würde z.B. ein v_{i11} den Übersetzungskoeffizienten des Wählers i von der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Skala in das abgefragte sozio-ökonomische Issue und ein v_{i21} in das angefragte gesellschaftspolitische Issue angeben. Die Werte v_{i12} und v_{i22} wären die entsprechenden Übersetzungskoeffizienten für die zweite ideologische Dimension. Idealerweise wäre $v_{i12} = v_{i21} = 0$, d.h. das sozio-ökonomische Issue hätte nichts mit der Progressiv-Konservativ-Achse zu tun und das gesellschaftspolitische Issue nichts mit der wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Achse. So einfach ist die Wirklichkeit aber selten strukturiert. So kann das empirisch mit einer Faktorenanalyse gefundene Π_1 eine gleichgewichtige Mischung aus beiden Issues sein und Π_2 den Restunterschied der Parteiwahrnehmungen im Hinblick auf eines der beiden Issues ausdrücken.

Hinich und Munger (1994) gehen von individuellen Wahrnehmungen der Parteipositionen p ($p=1, \dots, P$) der einzelnen Wähler i ($i = 1, \dots, N$) bei den Issues j ($j = 1, \dots, M$) aus, kurz von ω_{ijp} . Die Mittelwerte dieser Wahrnehmungen (ω_{jp}) entsprechen den Umfragewerten der Schaubilder 1 bis 7. Gäbe es nur eine ideologische Dimension Π , würden Hinich und Munger (1994: 120) von folgendem linearem Zusammenhang zwischen den Parteipositionen π_p auf der ideologischen Dimension und den ω_{ijp} ausgehen:

$$(1) \omega_{ijp} = b_{ij} + v_{ij} \pi_p$$

b_{ij} entspricht dem von i wahrgenommenen Status quo bei Policy j . Wir bestimmen den Status quo bei unseren Issuefragen mit unserem Vorwissen als Experten mit dem Anspruch, dadurch den objektiven Status quo festgelegt zu haben. Oft kann man die mittleren Skalenwerte der von 1 bis 7 reichenden Antwortskalen als Status quo definieren; andere Fragen sind dagegen so gestellt worden, dass ein Skalenende dem Status quo entspricht (vgl. dazu Pappi et al. 2008). Wenn dieses so festgelegte b_j von den Wahrnehmungswerten ω_{ijp} abgezogen wird, ergibt sich ein sinnvoller Nullpunkt sowohl für den ursprünglichen Issuesraum als auch für den daraus abgeleiteten latenten Ideologieraum, der für alle Wähler gleich ist. Ein einzelner Wähler i hat in unserem Fall von zwei Issues und zwei latenten Dimensionen zwei Wahrnehmungen pro Partei, die in Generalisierung von Formel (1) wie folgt zerlegt werden:

$$(2) \omega_{i1p} - b_1 = v_{i11} \pi_{1p} + v_{i12} \pi_{2p}$$

$$(3) \omega_{i2p} - b_2 = v_{i21} \pi_{1p} + v_{i22} \pi_{2p}$$

Die Übersetzungskoeffizienten v und die Parteipositionen im latenten ideologischen Raum π sind unbekannt und müssen geschätzt werden. Die N Beobachtungswerte der linken Seite der Gleichungen ergeben zunächst eine $N \times P$ Matrix für Issue 1 und eine dahinter gestapelte weitere Matrix gleicher Größe für Issue 2. Für diese Matrix der Größe $2N \times P$ wird die Varianz-Kovarianz-Matrix $P \times P$ berechnet, aus der mit einer Hauptkomponentenanalyse die π -Werte als die Ladungen und die v -Werte als dazu gehörende Faktorwerte bestimmt werden.³ Ein praktisches Problem sind dabei unvollständige Wahrnehmungswerte. So wissen viele Wähler über kleinere Parteien oder über neue Parteien wie 1990 die PDS im Westen nicht so gut Bescheid, so dass sie auch kein Urteil abgeben. Solange sie bei einem Issue aber eine eigene Meinung haben und wenigstens die Positionen von CDU und SPD angeben können, ist ihnen eine grobe Orientierung im Politikraum möglich. Wir können solche Wähler zwar nicht in die Hauptkomponentenanalyse einbeziehen – sie wird nur für Befragte mit vollständiger Wahrnehmung durchgeführt – wir können für sie aber Faktorwerte schätzen. Dabei nehmen wir an, dass die auf Basis der vollständigen Wahrnehmungen bestimmten π -Werte Gültigkeit für alle Wähler beanspruchen können. Somit können die π_{1p} und die π_{2p} als unabhängige Variablen für

³ Alternativ könnte man ein Item Response Modell schätzen (vgl. Finke 2006, Shikano 2008, Shikano und Pappi 2009). Bei der Verwendung von Rating-Skalen mit genügend Intervallen (in unserem Fall sieben) kann man auch die klassische statt der ordinalen Faktorenanalyse rechtfertigen. Eventuell kann letztere aber das Problem fehlender Werte besser lösen.

zwei getrennte Regressionen dienen, mit den Wahrnehmungswerten als abhängigen Variablen. Die für die einzelnen Befragten geschätzten Regressionskoeffizienten sind die v -Werte; die Konstante kann annahmegemäß auf 0 gesetzt werden. Für die Interpretation der zwei latenten Dimensionen ziehen wir die mittlere Lage (Median) der v -Werte im ursprünglichen Issueraum heran. Die Mediane der v_{i11} und v_{i21} geben die Lage von Π_1 und die von v_{i12} und v_{i22} die Lage von Π_2 im ursprünglichen Issueraum an. Je kleiner der Winkel der entsprechenden v -Geraden zur X -Achse, also zur sozio-ökonomischen Policy, desto stärker drücken sich in der horizontalen Anordnung der Parteien wirtschaftspolitische Links-Rechts-Unterschiede aus, je kleiner der Winkel zur Y -Achse, desto mehr entspricht die Anordnung der Parteien in der Vertikalen der progressiv-konservativen Achse. Die durch den Nullpunkt verlaufenden linearen v -Funktionen erleichtern somit die inhaltliche Interpretation der latenten ideologischen Achsen.

Die durchschnittlich wahrgenommenen Parteipositionen im Issueraum sind aus Schaubild 1 bereits bekannt. In Schaubild 2 hat sich nur der Nullpunkt geändert, der jetzt den Status quo angibt. Und zusätzlich sind die zwei v -Funktionen für die erste und zweite ideologische Dimension angegeben. Diese Dimensionen haben nicht für alle Zeitpunkte dieselbe Bedeutung. Das liegt zum einen an den verschiedenen Indikatoren für die sozio-ökonomische und die gesellschaftspolitische Dimension, das liegt zum anderen aber auch daran, dass die Befragten einmal größere Unterschiede zwischen den Parteien in der aktuellen Wirtschaftspolitik und ein andermal in der Gesellschaftspolitik wahrnahmen. Soweit aber die gesamte Kovarianz zwischen den Parteien nicht auf eine einzige Dimension reduzierbar ist, sollten die theoretisch zu erwartenden zwei ideologischen Dimensionen erkennbar sein, auch wenn man keine Prokrustes-Rotation durchführt.

Den in Schaubild 2 dargestellten Raum bezeichnen wir als Issueraum, weil wir die identifizierten latenten Achsen auf ihre Übereinstimmung mit den ursprünglichen Issues prüfen. Denselben Raum haben wir in Schaubild 1 als ideologischen Raum bezeichnet, weil wir dort die ausgewählten Issues als Indikatoren für die zwei ideologischen Dimensionen des deutschen Parteiensystems interpretiert haben.

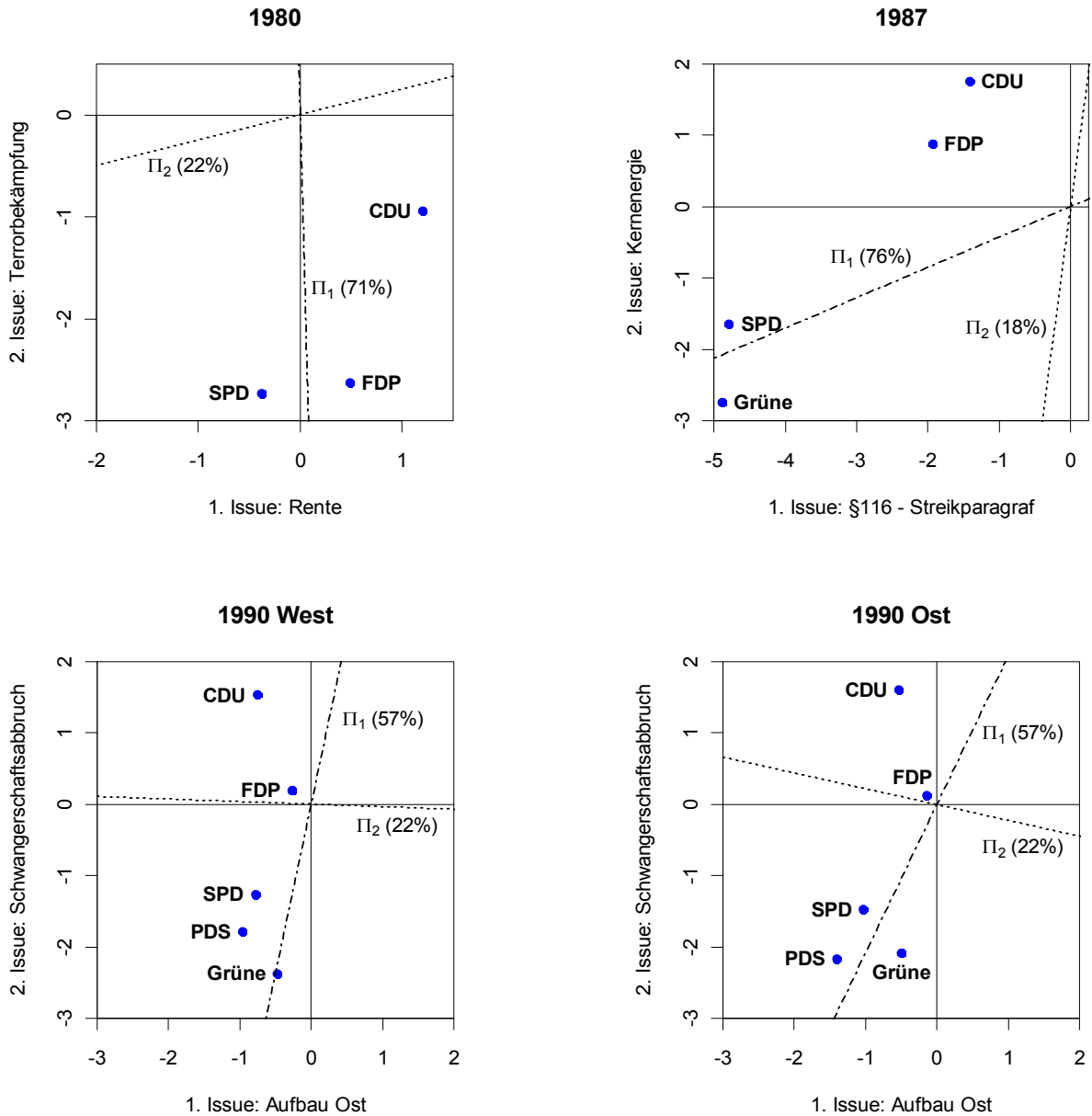
Vergleicht man nun die Lage der mittleren Übersetzungskoeffizienten für die einzelnen Jahre, fällt auf, dass die wahrgenommenen Parteiunterschiede beim gesellschaftspolitischen Issue den Raum oft stärker strukturieren als das sozio-ökonomische Issue. Die erste latente Dimension erklärt in der Regel dreimal mehr Varianz als die zweite und 1980, 1990 und 1994 bildet diese erste Dimension in erster Linie wahrgenommene Parteiunterschiede in der Terrorismusbekämpfung, beim Schwangerschaftsabbruch und beim großen Lauschangriff ab. Das sozio-ökonomische Issue kann die erste Dimension nie so ausschließlich bestimmen. Die Auseinandersetzung um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz 1987, der Spitzensteuersatz 1998 und Aus- oder Abbau des Sozialstaats 2005 haben für den ideologischen Hauptunterschied auf der ersten latenten Dimension zwar eine größere Bedeutung, sie müssen sich diese aber mit dem jeweiligen gesellschaftspolitischen Indikator teilen. Die lineare v -Funktion für Π_1 verläuft dann eher als Winkelhalbierende zwischen den beiden Issues. Noch verbleibende Restunterschiede zwischen den Parteipositionen werden dann von der zweiten latenten

Dimension erfasst. Charakteristisch für diesen Befund sind die Ergebnisse für 2002. Aus der entsprechenden Wahlstudie stand kein sozio-ökonomisches Issue zur Verfügung, deshalb wurde die allgemeine Links-Rechts-Skala als Ersatz verwendet. Sie wurde ihrem Charakter als Superissue gerecht, indem sie eine Bedeutungsmischung aus Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darstellt. Eine linke Partei wird gleichzeitig auch eher als Befürworter eines Ausländerzuzugs wahrgenommen und eine rechte Partei als Gegnerin. Die zweite latente Dimension korrigiert diese allgemeine Korrelation etwas für die CDU und die PDS. Die Wähler nahmen 2002 die PDS als zuzugsskeptischer wahr als es ihrer Programmatik entsprach. Nur das auf ihrem Wahlprogramm für 2005 basierende Expertenurteil kommt zu einem anderen Ergebnis.

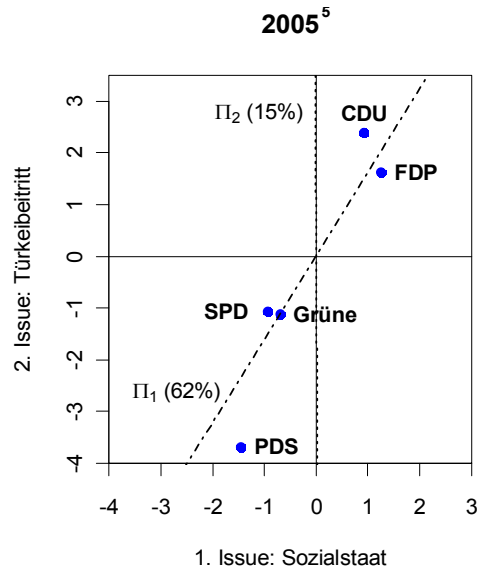
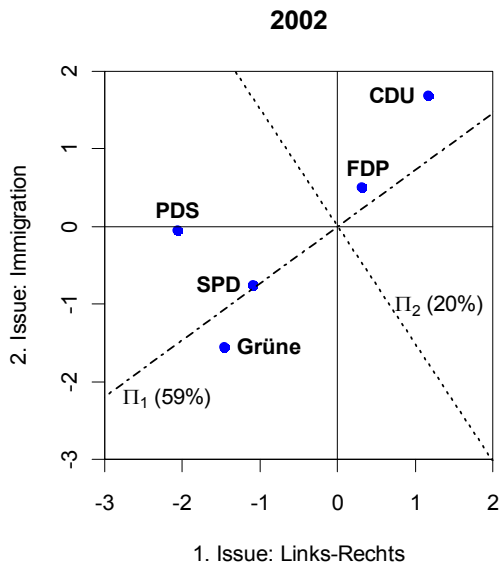
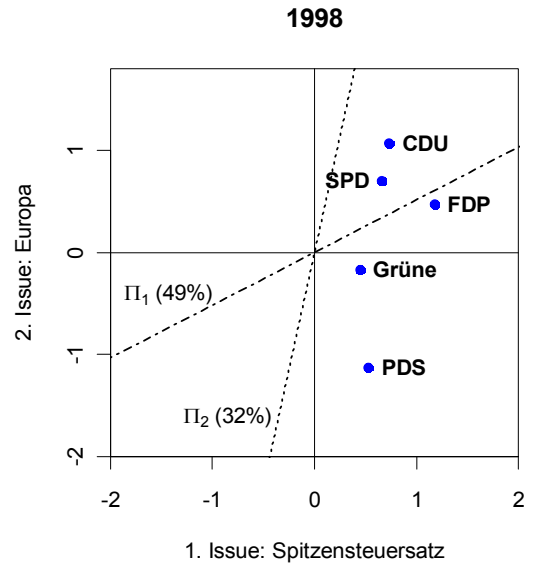
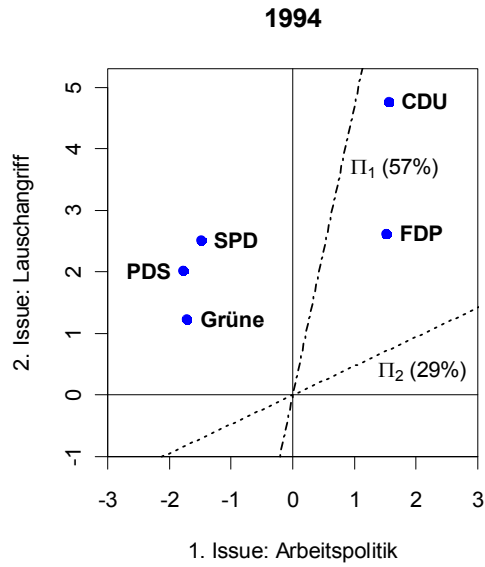
1990 fand die Bundestagswahl kurz nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik statt und es war nicht unbedingt davon auszugehen, dass die Parteiwahrnehmungen in Ost und West bereits ähnlich strukturiert sein sollten. Deshalb führten wir die Hauptkomponentenanalyse getrennt für West- und Ostdeutschland durch. Ein Vergleich sowohl der Mittelwerte der Parteiwahrnehmungen als auch der Lage der v-Funktionen zeigt jedoch bereits die große Ähnlichkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands. Die größeren Parteiunterschiede werden beides Mal beim Schwangerschaftsabbruch gesehen, während die Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen Transformation der ehemaligen DDR die Parteien weit weniger zu entzweien scheint. Wegen der großen Ähnlichkeit der gefundenen Lösungen verzichten wir ab 1994 auf eine separate Analyse für West- und Ostdeutschland.

Nachdem die mittleren Übersetzungskoeffizienten Aufschluss über die Bedeutung der latenten Dimensionen gegeben haben, können wir uns jetzt dem identifizierten ideologischen Raum selbst zuwenden. In ihm nimmt jede Partei eine Position ein, die als Ladungen auf den zwei Hauptkomponenten für alle Befragten dieselbe ist. Aussagekräftig werden diese Positionen aber erst, wenn man sie in Zusammenhang mit den Idealpunkten der Wähler im selben Raum beurteilt. Dies ist Thema des nächsten Abschnitts.

Schaubild 2: Die Verortung der latenten Dimensionen nach den Medianen der Übersetzungskoeffizienten⁴ und die durchschnittlichen Parteipositionen im ursprünglichen Issueraum



⁴ Erste Hauptkomponente Π_1 , zweite Hauptkomponente Π_2 und jeweils in Klammern die durch sie erklärte Varianz.



⁵ Die v-Werte für das Issue „Türkeibeitritt“ schwanken auf Π_2 von minus bis plus so stark, dass der hier ausgewiesene Median nahe null ist.

3. Der latente ideologische Raum mit Partei- und abgeleiteten Wählerpositionen

Nach der Theorie von Hinich und Munger (1994) sind Wähler in erster Linie an bestimmten Politiken interessiert und nutzen ihr ideologisches Vorwissen nur zur politischen Orientierung, d.h. um abschätzen zu können, welche Politik die einzelnen Parteien wohl verfolgen werden. Eine ideologische Selbsteinschätzung macht dann konsequenterweise weniger Sinn. Wenn ein Wähler aber für seine Angaben zu den Issuepositionen der Parteien Übersetzungskoeffizienten gebildet hat, kann man mit ihrer Hilfe ableiten, wo im latenten Raum sein Idealpunkt wäre.

Sei eine bestimmte Politikpräferenz des Wählers i mit x_i bezeichnet und habe sich dieser Wähler bereits einen Übersetzungskoeffizienten v_i für diese Politik bei der Wahrnehmung der Parteipositionen gebildet, kann man Formel (1) auch hier anwenden: $x_i - b = v_i z_i$, wobei z_i die unbekannte abgeleitete Position von i auf der hier angenommenen einzigen latenten Dimension sei. Diese Position ist dann einfach zu berechnen: $z_i = (x_i - b)/v_i$. Bei mehreren Issues und weiterhin einer latenten Dimension ist z_i noch ein Skalar, nur sind die x_{ij} , die b_j und die v_{ij} jetzt Spaltenvektoren, aus denen sich z_i wie folgt berechnet (Hinich und Munger 1994: 124):

$$(4) z_i = (v_i' (x_i - b)) / v_i' v_i$$

Wir machen hier nicht von der Möglichkeit Gebrauch, dass die Wähler die einzelnen Issues unterschiedlich gewichten können. Dafür müssen wir Formel (4) noch auf zwei latente Dimensionen erweitern. Aus dem Vektor v wird somit eine Matrix V , deren Zeilen den Issues, in unserem Fall 2, und deren Spalten den zwei latenten Dimensionen entsprechen. Verwenden wir als Index für die Issues j und als Index für die latenten Dimensionen l , haben wir jetzt die v_{ij} zu v_{ijl} erweitert. Die für einen einzelnen Wähler sich ergebende V -Matrix wird durch die Multiplikation $V'V$, also der transponierten Matrix mit der ursprünglichen, zu einer $l \times l$ -Matrix. Da l in unserem Fall gleich 2 ist, ergeben sich aus der allgemeinen Formel für die Berechnung der z -Werte (Hinich und Munger 1994: 125) zwei Idealpunkte, einer auf Π_1 und einer auf Π_2 .

$$(5) z_i = M_i^{inv} V_i' (x_i - b)$$

Die Transformationskoeffizienten tragen also entscheidend dazu bei, wo sich ein Wähler im latenten ideologischen Raum befindet. Nimmt ein Wähler z.B. kaum Policy-Unterschiede zwischen den Parteien wahr, rückt sein Idealpunkt weit weg von allen Parteien an den Rand des ideologischen Raums, die Unterschiede zwischen den Parteien verschwimmen. Wir beschränken uns deshalb bei der graphischen Wiedergabe der Wähler-Idealpunkte und der Parteipositionen im selben ideologischen Raum auf die etwa drei Viertel der Wähler, die tatsächlich im Zentrum um die Parteien herum platziert sind (siehe Schaubild 3). Die Parteipositionen selbst sind jetzt nicht mehr Durchschnitte, sondern die Ladungen der Parteien auf den zwei wichtigsten Hauptkomponenten; ihre Lage ist aus der Sicht jedes Wählers dieselbe. Bei der Interpretation der beiden latenten Achsen für die einzelnen Bundestagswahlen ist jetzt zu beachten, dass deren inhaltliche Bedeutung im Hinblick auf das sozio-

ökonomische und gesellschaftspolitische Politikfeld schwankt. Trotzdem ist bemerkenswert, wie sehr sich die Parteienkonfiguration über die Jahre hinweg ähnelt. Dabei ist zu beachten, dass die Parteienkonfigurationen allein aus den Wählerwahrnehmungen abgeleitet sind, während die Wähleridealpunkte transformierte Policypräferenzen sind. Die Hauptrichtung ihrer Streuung entspricht deshalb nicht unbedingt der Ausrichtung der Parteipositionen.

Letztere verläuft schwerpunktmäßig von links unten nach rechts oben, d.h. aus einem progressiven, wirtschaftspolitisch linken Bereich in den konservativen, marktliberalen Bereich. Die Ladungen und Faktorwerte wurden getrennt voneinander so gepolt, dass positive Werte rechtere bzw. konservativere Positionen wiedergeben. Derartige Spiegelungen erleichtern die vergleichende Interpretation, ohne die inhaltlichen Ergebnisse zu verfälschen.

Mit einer Ausnahme ist die CDU immer die Polpartei auf beiden Dimensionen. Die Ausnahme können wir für 1998 beobachten mit einer leicht rechteren Position der FDP auf der horizontalen Achse. Inhaltlich ging es damals im sozio-ökonomischen Bereich um die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer und der gesellschaftspolitische Bereich wurde nur ersatzweise von der Frage der europäischen Integration abgedeckt. Beides zusammen führte zu einem latenten ideologischen Raum, bei dem die erste und wichtigste Hauptkomponente besonders stark mit den Wahrnehmungsunterschieden für das sozio-ökonomische Issue korrespondierte. Trotz einer teilweise rechteren FDP-Position beim sozio-ökonomischen Ausgangsissue, rechter als die CDU z.B. 1990 und 2005, führte die Hauptkomponentenanalyse nicht zu diesem Ergebnis. Hier setzte sich das allgemeine Muster einer FDP durch, die sowohl als weniger rechts als auch als weniger konservativ als die CDU eingeschätzt wird.

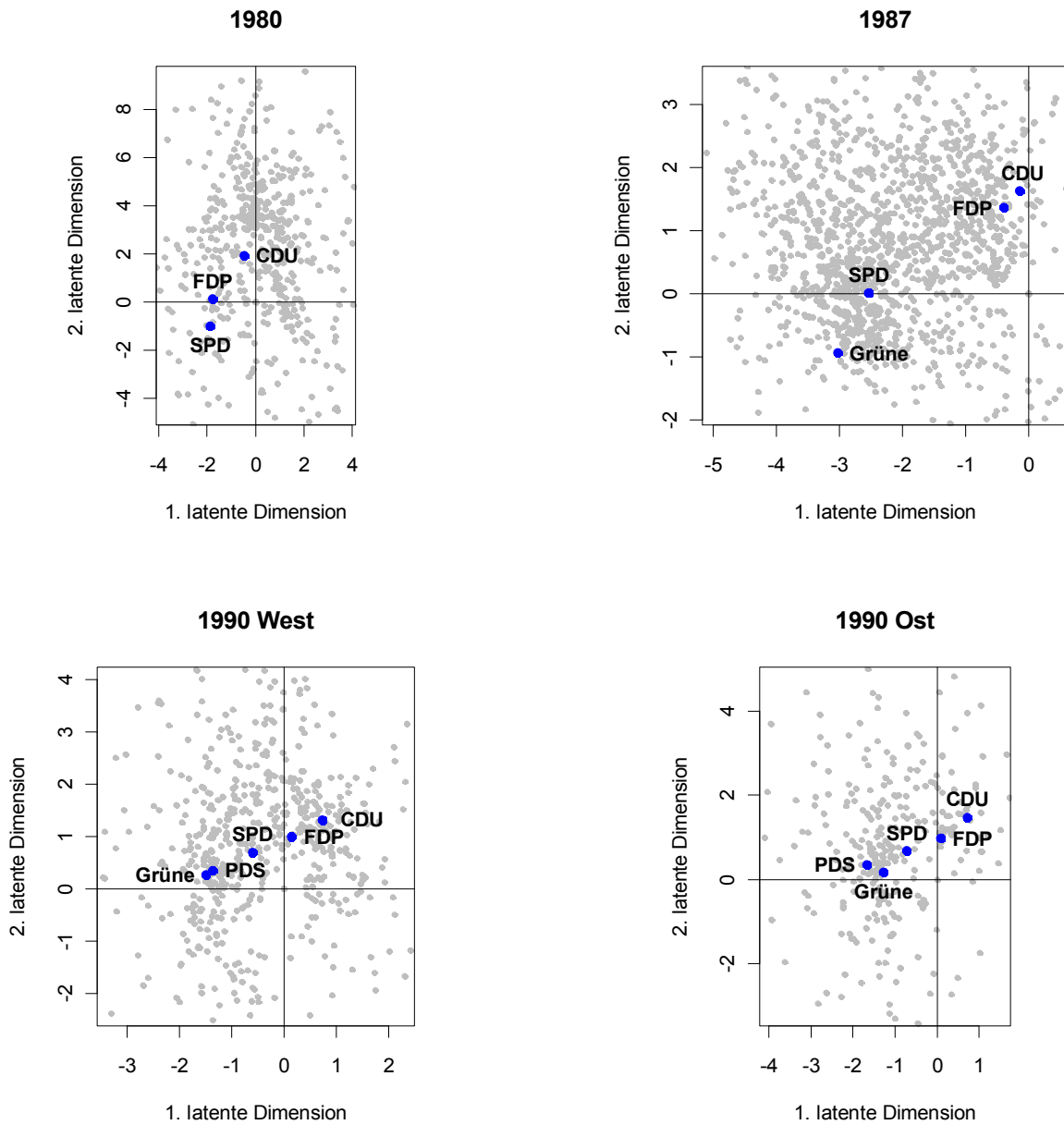
Seit dem Eintritt der PDS ins gesamtdeutsche Parteiensystem ist die Konfiguration auf der linken, progressiven Seite etwas unübersichtlicher geworden. Konnte sich im Drei-Parteiensystem der späten 1970er Jahre die SPD als linke, progressive Kraft profilieren, wurde ihr diese Position 1987 von den Grünen abgenommen und seit der Wiedervereinigung sollte man erwarten, dass den Grünen wenigstens die wirtschaftspolitisch linke Polposition von der PDS abgenommen wird. Damit hatte die PDS in Ostdeutschland bereits 1990 kein Problem, während sich in Westdeutschland der Erkenntnisdurst im Hinblick auf diese neue Partei in Grenzen hielt. Immerhin schaffte es die PDS in der Wahrnehmung des gesamtdeutschen Elektors, seit 1994 die wirtschaftspolitisch linke Position zu besetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 1994 die vertikale Achse mehr wirtschaftspolitischen Gehalt hat als die horizontale Achse, während dies für 1998, 2002 und insbesondere 2005 wie gewohnt für die horizontale Achse gilt. Schwierigkeiten scheint die PDS mit der Wählerwahrnehmung in der Zuwanderungspolitik (2002) zu haben. Wie aus dem Schaubild 2 für 2005 hervorgeht, ist die PDS die Partei, die am unumschränktesten für den EU-Beitritt der Türkei ist. Dies ist allerdings nicht die Wahrnehmung der Wähler, sondern das Urteil von Experten, denen die entsprechende Passage aus dem Wahlprogramm 2005 vorgelegt wurde. Wie erinnerlich stand in der 2005er Wahlstudie keine Wahrnehmungsfrage für dieses Issue zur Verfügung. Die Wahrnehmungswerte wurden vielmehr imputiert, indem die Wahrnehmungsurteile der 24 Experten mit deren eigener Einstellung und einer Konstanten

vorausgesagt wurden und die Regressionskoeffizienten dann zusammen mit der eigenen Meinung der Wähler und einem Zufallsfehler zur Generierung von Wahrnehmungen verwendet wurden. Als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse ergab sich ein Π_2 , das, obwohl sich im Durchschnitt der Übersetzungskoeffizienten auf die Türkeifrage beziehend, wegen deren großer Schwankungsbreite nur schwer zu interpretieren ist. Die Ergebnisse für 2002 beruhen dagegen auf echten Wahrnehmungen und hier wird der PDS von den Wählern eine zuwanderungsfeindliche Position zugeschrieben. Das zeigt die Schwierigkeiten von Parteien, sich ideologisch zu positionieren, wenn das ideologische Vorwissen der Wähler damit in Widerspruch steht.

Die Verteilung der Wähleridealpunkte gibt erste Hinweise auf die Policy-Vor- und Nachteile der Parteien. Zwei Issues können hierbei natürlich kein vollständiges Bild vermitteln, da die sozio-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Präferenzen der Wähler sehr stark von dem konkreten Issue abhängen, das ausgewählt wurde. So verschafften das Versicherungsprinzip bei der gesetzlichen Rentenversicherung und die Terrorismusbekämpfung der Oppositionspartei CDU 1980 eine großen Policy-Rückhalt in der Wählerschaft, während eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und der große Lauschangriff 1994 für die Regierungspartei CDU das Gegenteil bewirkten. In den anderen Jahren ist die Präferenzverteilung der Wähler zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien etwas ausgeglichener. Generell fällt ganz im Sinn der Theorie von Hinich und Munger (1994) auf, dass die Wählerpräferenzen nicht auf entweder linke, progressive oder rechte, konservative Einstellungen beschränkt sind. Es gibt auch rechte Progressive und linke Konservative. Und wenn die Parteien durch den Status quo in ihren Politikvorschlägen so begrenzt sind, dass sie nicht hinter ihn zurückgehen wollen, muss das die Wählerpräferenzen nicht auch begrenzen wie z. B. die Schaubilder für 1980 und 1987 zeigen.

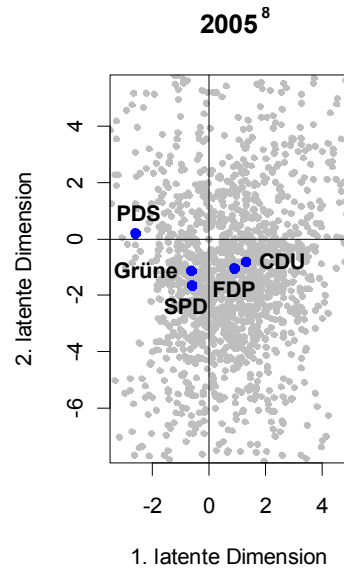
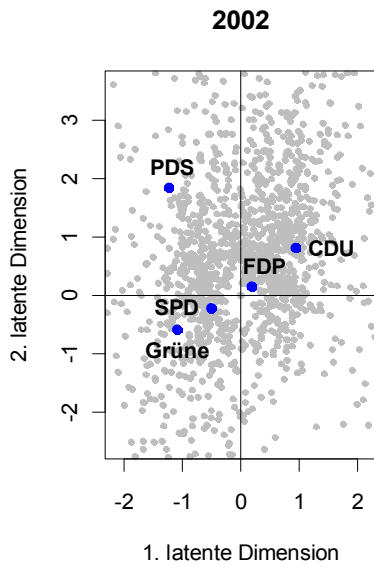
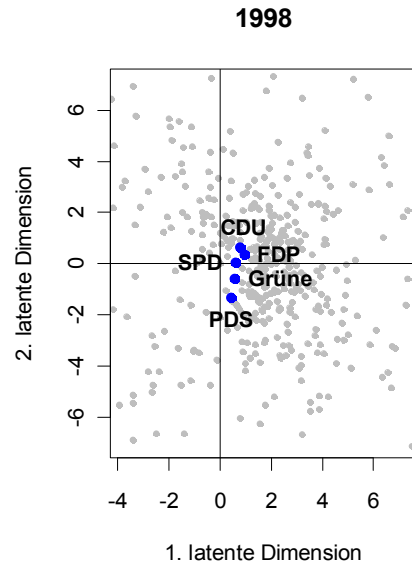
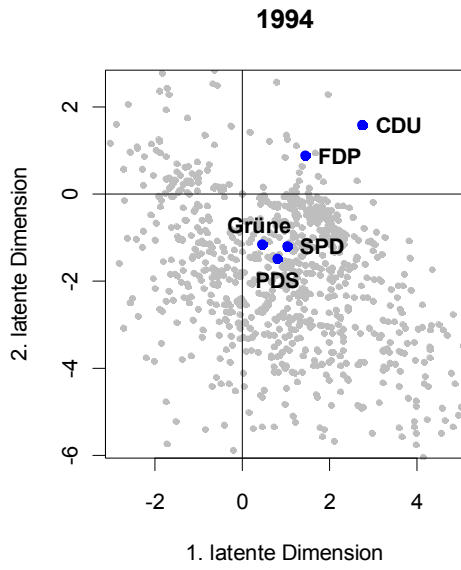
Wir werden im nächsten Abschnitt die Tauglichkeit der ideologischen Distanzen der Wähler zu den Parteien nach Schaubild 3 zur Wahlvoraussage prüfen. Gleichzeitig soll festgestellt werden, welchen Informationsverlust die Ersetzung der Einzelissues durch den latenten ideologischen Raum zur Folge hat.

Schaubild 3: Parteipositionen und aus Policypräferenzen abgeleitete Idealpunkte der Wähler⁶ im latenten ideologischen Raum⁷



⁶ Da in Abschnitt 4 nur wahlberechtigte Befragte mit einer Wahlabsicht von CDU, SPD, FDP, Grüne oder PDS analysiert werden, finden Nichtwähler und Wähler anderer Parteien hier keine Berücksichtigung.

⁷ Idealpunkte, deren Entfernung von der Medianposition in mindestens einer Dimension den 1,5-fachen Interquartilsabstand übersteigt, werden hier nicht dargestellt. Dies entspricht 23,4% (1980), 11,3% (1987), 28,0% (1990 West), 27,3% (1990 Ost), 20,4% (1994), 27,0% (1998), 26,7% (2002) bzw. 24,7% (2005) der Wähler.



⁸ Die zweite latente Dimension kann wegen der Art der Imputation der Wahrnehmungswerte für den EU-Beitritt der Türkei inhaltlich vor allem mit Bezug auf die PDS nur schwer interpretiert werden. Im Gegensatz zu den anderen Parteien hing die PDS-Wahrnehmung der Experten nicht mit deren eigener Meinung zusammen.

4. Wahlprognosen mit ideologischen Distanzen

Wenn man nur an der Erklärung individuellen Wählerverhaltens interessiert ist, bestünde wenig Anlass, den Umweg über den latenten ideologischen Raum zu gehen. Man griffe auf die politischen Einstellungen zu den ausgewählten Themen und die Wahrnehmungen der Parteistandpunkte zurück, um die Wahlabsicht vorauszusagen und zwar am besten so, dass pro abgefragtem Issue die spezifischen Politikdistanzen des Befragten zu den einzelnen Parteien für eine diskrete Entscheidungsanalyse gebildet werden. Dann ließe sich feststellen, welchen Beitrag die einzelnen Issues zur Erklärung der Wahlentscheidung leisten (vgl. für deutsche Wahlen z.B. Thurner 1998).

Wir sind aber an den Möglichkeiten von Parteien interessiert, das Wahlergebnis insgesamt durch optimale Standortwahl im ideologischen Raum in ihrem Sinn zu beeinflussen. Dazu benötigen wir Positionen der einzelnen Parteien, die für alle Wähler gleich sind, und abgeleitete ideologische Wählerpräferenzen, die gegen Ende eines Wahlkampfes so auskristallisiert sind, dass man mit ihrer Hilfe die Chancen der einzelnen Parteien abschätzen kann. Natürlich hängen diese Chancen nicht nur von den ideologischen Distanzen ab, sondern auch von den Parteikompetenzen, der Attraktivität des Führungspersonals und den langfristigen Parteibindungen (vgl. dazu die Prognosegleichungen von und Gschwend und Norpoth 2001). Wir entscheiden uns hier aus Explorationsgründen für ein sparsames Prognosemodell, das neben den ideologischen Distanzen nur noch den anderen politisch wichtigen Kurzfristfaktor der Valenzen der Kanzlerkandidaten enthält. Wie von Norpoth und Gschwend (vgl. auch 2005) mit großem Erfolg bei Prognosen von Bundestagswahlen vorgeführt, verwenden wir die Frage nach dem gewünschten Kanzler, jeweils begrenzt auf den Amtsinhaber – er stellt sich normalerweise der Wiederwahl – und den Herausforderer der anderen großen Partei. So sprachen sich z.B. 1980 in der letzten Politbarometer-Befragung vor der Wahl 69 Prozent für Helmut Schmidt auch als künftigen Kanzler aus und 31 Prozent für Franz Josef Strauß. Diese Werte werden als Konstante zugunsten von SPD und CDU/CSU vorgegeben, mit Werten von null Prozent für die kleinen Parteien. Dieses Vorgehen hat den großen Vorteil gegenüber der üblichen Schätzung von Konstanten, dass wir das Prognoseergebnis nicht einfach an die Randverteilung der abhängigen Variablen, also der Wahlabsicht, anpassen. Die Stärke der kleinen Parteien wird damit allein aus ihren mehr oder weniger günstigen Politikdistanzen zu den Wählern bestimmt.

Was im Folgenden für eine realistische Wahlprognose noch fehlt, ist der Langfristfaktor, d.h. die Wählerträgheit, die eine völlige Neuorientierung bei jeder Wahl überflüssig macht. Als Indikatoren dafür kommen die Wahlentscheidung bei der vorausgehenden Bundestagswahl, die Parteiidentifikation, aber auch die der politisierten Sozialstruktur der Bundesrepublik entsprechenden sozialstrukturellen Merkmale in Frage. Sie stehen leider für den Zeitvergleich von 1980 bis 2005 nicht durchgängig in derselben Operationalisierung zur Verfügung, weshalb wir hier auf diese Erweiterung verzichten. Denn eines ist auch klar: Man kann mit zwei nach theoretischen Gesichtspunkten ausgewählten politischen Streitthemen ernsthaft kein Wahlergebnis voraussagen; dazu bedürfte es einer vollständigeren Erfassung der wichtigen Wahlkampfthemen. Aber aus dem Vergleich der Modellergebnisse für die

einzelnen Bundestagswahlen und aus dem Vergleich mit den tatsächlichen Zweitstimmenergebnissen sollen sich Hinweise für den Zusammenhang zwischen Issueauswahl und Prognoseerfolg ergeben.

Unser sparsames Modell schätzt nur zwei Parameter, deren erster die Frage beantwortet, wie stark die individuellen Wahlabsichten von der quadrierten Distanz im latenten ideologischen Raum abhängen, und deren zweiter das Gewicht der Kanzlerkandidatenvalenz für das vorausgesagte Wahlergebnis erfasst. Die sich aus dem Modell ergebenden Voraussagen der Parteistärken sind die Durchschnitte der individuellen Wahlwahrscheinlichkeiten für die einzelnen Parteien. Alle Parameter sind zumindest mit einem $p < 0,01$ für die Nullhypothese signifikant von 0 verschieden.

Tabelle 1: Ideologische Distanz⁹ und Valenz der Kanzlerkandidaten¹⁰ als Determinanten der Wahlabsicht

	Geschätzte Parameter der konditionalen Logit-Analyse							
	1980	1987	1990 W	1990 O	1994	1998	2002	2005
<i>Distanz</i>	-0,043	-0,187	-0,252	-0,138	-0,035	-0,035 ¹¹	-0,162	-0,058
<i>Kanzlervalenz</i>	1,474	3,585	3,698	3,067	3,475	3,908	2,323	2,536
<i>Pseudo-R²</i>	0,099	0,358	0,269	0,175	0,189	0,281	0,190	0,175

Voraussagen der Parteistärken								
<i>CDU/CSU</i>	42,9%	32,9%	44,5%	45,3%	31,2%	28,0%	25,1%	31,9%
<i>SPD</i>	41,0%	53,6%	31,2%	25,5%	45,3%	53,6%	41,3%	41,8%
<i>FDP</i>	16,1%	6,2%	5,5%	7,2%	6,5%	5,6%	9,7%	10,2%
<i>Grüne</i>	-	7,3%	10,1%	10,7%	8,3%	5,6%	9,9%	8,6%
<i>PDS</i>	-	-	8,7%	11,3%	8,7%	7,2%	14,0%	7,5%

Zweitstimmenergebnis für Parlamentsparteien ¹²								
<i>CDU/CSU</i>	44,5%	44,3%	44,3%	41,8%	41,5%	35,1%	38,5%	35,2%
<i>SPD</i>	42,9%	37,0%	35,7%	24,3%	36,4%	40,9%	38,5%	34,2%
<i>FDP</i>	10,6%	9,1%	10,6%	12,9%	6,9%	6,2%	7,4%	9,8%
<i>Grüne</i>	-	8,3%	4,8%	6,2%	7,3%	6,7%	8,6%	8,1%
<i>PDS</i>	-	-	0,3%	11,1%	4,4%	5,1%	4,0%	8,7%

⁹ Quadrierte Distanz vom abgeleiteten Idealpunkt des Wählers zur jeweiligen Partei nach den Ergebnissen von Schaubild 3.

¹⁰ Auswertung der Politbarometerfrage (letzte Umfrage vor der Wahl) nach dem gewünschten Bundeskanzler für das Elektorat insgesamt. 1980 Schmidt 69%, 1987 Kohl 49%, 1990 West Kohl 58%, 1990 Ost Kohl 64%, 1994 Kohl 51%, 1998 Kohl 41%, 2002 Schröder 66%, 2005 Schröder 59%. Die Werte der Herausforderer: 100% - % für Amtsinhaber.

¹¹ Parameter nicht signifikant mit $p < 0,001$. Alle anderen Parameter sind signifikant.

¹² Quelle: <http://www.bundeswahleiter.de>.

Die Erklärungskraft des Modells (Pseudo- R^2) ist für die einzelnen Jahre ziemlich unterschiedlich, am schlechtesten für das Dreiparteiensystem von 1980 und am besten für Vierparteiensystem von 1987. Dabei ist die Aggregatprognose 1980 ziemlich gut und die für 1987 schlecht. Letzteres hängt mit der Issueauswahl zusammen und kann durch Vergleich mit der Verteilung der Wähleridealpunkte im Verhältnis zu den Parteien in Schaubild 3 festgestellt werden. Die für 1987 ausgewählten Themen, Kurzarbeitergeld bei Streik und Kernkraftwerke, waren für die CDU ungünstig, während Terrorismusbekämpfung und Versicherungsprinzip bei der Rente 1998 die CDU begünstigte. Die schlechte Erklärungskraft auf der Individualebene kann zusätzlich auch damit zusammenhängen, dass die Politikdistanzen bei den Einzelthemen in den gemeinsamen latenten Raum nur mit sehr großem Informationsverlust eingehen. Um dies abschätzen zu können, wird in Tabelle 2 die Wahlabsicht mit den zwei ursprünglichen Issues und der Kanzlervalenz vorausgesagt. Die Erklärungskraft dieses weniger sparsamen Modells, das sowohl eine sozio-ökonomische als auch eine gesellschaftspolitische Issue-Distanz verwendet, ist notwendig besser als die des sparsameren Modells von Tabelle 1. Der Abstand der Pseudo- R^2 fällt aber verschieden groß aus. Je größer er ist, umso mehr Informationsverlust muss man in Kauf nehmen. Ein derartiger großer Informationsverlust ist für das Dreiparteiensystem von 1980 zu konstatieren. Er ist in anderen Jahren kleiner und manchmal, wie z.B. 1998, sogar deutlich kleiner. Insgesamt wird man als Ergebnis dieser Analysen die Empfehlung aussprechen können, dass sich ein Übergang von der Ebene der Einzelissues zu ideologischen Dimensionen lohnt, wenn man die Position der Parteien in einem gemeinsamen ideologischen Raum fixieren möchte. Kann man gleichzeitig mehr als zwei Issues in die Analyse einbeziehen, kann sich eine Hauptkomponentenanalyse auch unter dem Gesichtspunkt der Datenreduzierung lohnen. Geht es dagegen ausschließlich um die Erklärung individuellen Wählerverhaltens, ist eine Analyse der einzelnen Issuedistanzen vorteilhafter. So kann man als Ergebnis von Tabelle 2 z.B. festhalten, wann beide Issues etwa gleich wichtig für die Wahlentscheidung des Durchschnittswählers waren, nämlich 1998, 1987, 1990 im Osten und 2002, und wann dem sozio-ökonomischen Issue ein größeres Gewicht zukam, nämlich 1990 im Westen, 1994 und auch 2005. Dieses letztere Ergebnis kann aber auch ein Artefakt der Generierung der Wahrnehmungswerte für den EU-Beitritt der Türkei sein.

Tabelle 2: Quadrierte Issue-Distanzen und Valenz der Kanzlerkandidaten als Determinanten der Wahlabsicht

	Geschätzte Parameter der konditionalen Logit-Analyse							
	1980	1987	1990 W	1990 O	1994	1998	2002	2005
<i>Sozioökonomisches Issue</i>	-0,047	-0,062	-0,140	-0,051	-0,052	-0,115	-0,079	-0,052
<i>Gesellschaftspolitisches Issue</i>	-0,060	-0,052	-0,059	-0,035	-0,028	-0,086	-0,062	-0,014
<i>Kanzlervalenz</i>	1,225	3,870	3,411	2,937	2,323	3,493	2,081	2,312
<i>Pseudo-R^2</i>	0,187	0,404	0,320	0,185	0,224	0,284	0,294	0,234

5. Zusammenfassung

Räumliche Modelle des Stimmenwettbewerbs der Parteien setzen Politik- oder Ideologieräume voraus, in denen sowohl die Parteien als auch die Wähler platziert werden können. Nimmt man nur eine ideologische Dimension an und setzt sie gleichzeitig mit der Links-Rechts-Dimension gleich, hat sich als Standardinstrument eine direkte Frage nach der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Wähler und weitere Fragen zur Einordnung der Parteien auf derselben Skala bewährt. Aus diesen Angaben lassen sich individuelle Distanzen der Wähler zu allen abgefragten Parteien bestimmen. Nimmt man dagegen mit einem Großteil der Literatur einen zwei-dimensionalen Politikraum für das deutsche Parteiensystem an, müsste man theoretisch den Wählern ein Urteil über links und rechts und ein zweites über progressiv und konservativ zumuten. Als Alternative bietet sich hier ein Vorgehen an, das einen latenten ideologischen Raum aus manifesten Wählerwahrnehmungen der Parteipositionen bei aktuellen Issues rekonstruiert und dann die eigenen Politikpräferenzen der Wähler mit zur Bestimmung ihrer Idealpunkte in diesem rekonstruierten Ideologieraum verwendet. Eine Theorie, auf die man hier zurückgreifen kann, ist die von Hinich und Munger (1994). Auf ihr beruhen unsere Auswertungen für das deutsche Parteiensystem und Wählerverhalten seit 1980.

Dabei wird zunächst geprüft, inwieweit die Wählerwahrnehmungen der Parteipositionen mit den quasi objektiv aus deren Wahlprogrammen ermittelten Positionen übereinstimmen. Es zeigt sich, dass der Durchschnittswähler ein realistisches Urteil abgeben kann. Deshalb erschien es lohnenswert, einen Schritt weiterzugehen und die Theorie von Hinich und Munger anzuwenden. Danach benutzen die Wähler ihr Vorwissen über die ideologische Position der Parteien, um deren Stellung zu aktuellen politischen Problemen abzuschätzen. Ausgewählt wurde für jede Bundestagswahl seit 1980 (mit Ausnahme von 1983) jeweils ein sozio-ökonomisches und ein gesellschaftspolitisches Issue. Aus den entsprechenden Parteiwahrnehmungen ließ sich jeweils ein zweidimensionaler latenter Parteienraum ableiten, in den dann die Wähleridealpunkte als abgeleitete ideologische Präferenzen eingetragen werden konnten. Mit den resultierenden ideologischen Distanzen kann die Wahlentscheidung vorausgesagt werden, allerdings nicht so gut wie mit den ursprünglichen Issuedistanzen. Man erkaufte den Informationsverlust mit dem Vorteil von Parteipositionen im latenten Ideologieraum, die für alle Wähler, als Ladungen einer Hauptkomponentenanalyse, gleich sind. Auf dieser Basis können, nach den Vorarbeiten in dieser Arbeit, Gleichgewichtspunkte der Parteien im Wettbewerb um die Stimmen der deutschen Wähler bestimmt werden.

Literaturverzeichnis

- Axelrod, Robert. 1970. Conflict of Interest. A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics. Chicago: Markham Publishing Company.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum. 2001. Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998. Oxford: Oxford University Press.
- De Swaan, Abraham. 1973. Coalition Theories and Cabinet Formations. A Study of Formal Theories of Coalition Formation Applied to Nine European Parliaments after 1918. Amsterdam: Elsevier.
- Finke, Daniel. 2006. Item-Response Modellierung. In: Joachim Behnke, Thomas Gschwend, Delia Schindler und Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.), Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. Baden-Baden: Nomos: 155-166.
- Gschwend, Thomas und Helmut Norpoth. 2001. "Wenn am nächsten Sonntag..." Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. In: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Opladen: Westdeutscher Verlag: 473-499.
- Hinich, Melvin J. und Michael C. Munger. 1994. Ideology and the Theory of Political Choice. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael McDonald. 2006. Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003. New York: Oxford Press.
- Laver, Michael und Ben W. Hunt. 1992. Policy and Party Competition. New York und London: Routledge.
- Linhart, Eric und Susumu Shikano. 2007. Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002). Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Arbeitspapier Nr. 98.
- Norpoth, Helmut und Thomas Gschwend. 2005. Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen: Prognosemodell besteht Feuertaufe. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Weißels (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 371-387.
- Pappi, Franz U., Jens Brandenburg und Susumu Shikano. 2008. Nähe und Richtung als Kriterien der Politikwahl: Probleme der empirischen Messung am Beispiel deutscher Bundestagswahlen. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Arbeitspapier Nr. 115.
- Shikano, Susumu. 2008. The Dimensionality of German Federal States' Policy Preferences in the Bundesrat. German Politics 17 (3): 340-352.
- Shikano, Susumu und Franz U. Pappi. 2009. Telefonische Messung von Policy-Positionen zu einem komplexen Sachthema am Beispiel der Gesundheitsreform. In: Kai-Uwe Schnapp, Nathalie Behnke und Joachim Behnke (Hrsg.), Datenwelten. Datenerhebung und Datenbestände in der Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos: 294-309.
- Turner, Paul W. 1998. Wählen als rationale Entscheidung. Die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem. München: Oldenbourg.